

Frisch, Alfred

Article — Digitized Version

Frankreichs neue Wirtschaftspolitik

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Frisch, Alfred (1959) : Frankreichs neue Wirtschaftspolitik, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 39, Iss. 3, pp. 132-136

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/132770>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

zone anstreben. Um ihren Hauptsprecher zu zitieren: "Let us see how we can work together to make of this area an area that is really dynamic in economic and social terms". Die Opposition sucht also eine Lösung, die folgende Ideen beinhaltet (die psychologischen Vorteile einer europäischen, nur-europäischen Willensbildung für die politische Zukunft des gesamten Festlandes werden dabei entweder nicht verstanden oder nicht einbezogen): eine möglichst ausgedehnte Wirkungssphäre als Hauptziel wirtschaftlicher Expansion, Vollbeschäftigung und sozialer Fortschritt. Alle wirtschaftlichen, finanziellen und markttechnischen Schritte seien auf diese Ziele hin auszurichten, und eine Einbeziehung des Commonwealth könne nur positive Auswirkungen haben. England dürfe diese Herausforderung als wichtigste Kraftprobe in seiner Wirtschaftsgeschichte einfach nicht an sich vorübergehen lassen.

Während es sicherlich für Oppositionssprecher nicht so schwer ist, abstrakte Pläne dieser Art vorzutragen, muß man den Realismus anerkennen, wenn sie durch den Mund Mr. Maudlings verkündet, sie suche als erstes einen modus vivendi mit Frankreich und im weiteren eine Lösung der europäischen Fragen im Sinne der Debatte, in der die älteren tieferen Bindungen mit dem Commonwealth nur allzu deutlich zutage getreten sind. Es besteht kein Zweifel, daß man in England viel von Hallstein hält und auch viel erwartet. Der „Observer“, die berühmte unparteiische Sonntagszeitung, widmet ihm die Gloriole eines Profils, in dem diese Bewunderung sehr klar zum Ausdruck kommt. Ebenso klar geht daraus hervor, daß man hierzulande Hallstein inoffiziell die Ablehnung der Freihandelszone zuschreibt, obwohl Erhard und andere Wirtschaftsführer einer solchen Idee keineswegs abhold waren.

Alfred Frisch, Paris

Frankreichs neue Wirtschaftspolitik

Am vergangenen Jahresende begann Frankreich einen neuen Abschnitt seiner Wirtschaftspolitik. Es stand vor der Wahl zwischen einer weiteren Inflation und einer in mancher Beziehung peinlichen Stabilisierung, zwischen der protektionistischen Abkapselung und dem Sprung in die europäische Freiheit. Den Ausgangspunkt für die getroffenen Entscheidungen bildeten übrigens weniger die Europapolitik und die Devisenlage als der Staatshaushalt. Nach den wiederholt überprüften Vorschätzungen bestand die Gefahr, daß 1959 das Defizit mindestens 1 100 Mrd. ffrs erreichen dürfte gegenüber einer als tragbar anerkannten Höchstgrenze von 600 Mrd. ffrs. Es wäre theoretisch mehr oder weniger möglich gewesen, einen Teil der im gewissen Sinne prestigemäßigen Anforderungen an die Staatskasse dem finanziellen Gleichgewicht zu opfern. Bekanntlich kosten Frankreich der Algerienkrieg, die Modernisierung Afrikas, die Atomforschung und die Investitionshilfe für die Grundindustrien viel Geld. Der Finanzminister stand jedoch dem politischen Beschluß gegenüber, daß auf keinen Fall die Zukunft des Landes finanziellen Erwägungen geopfert werden dürfe. Hierzu kam eine entscheidende soziale Schranke, nämlich der Wohnungsbau, den man ebenso ausweiten wollte wie die produktiven Investitionskredite. Eine Spekulation auf die Beendigung des Algerienkrieges wäre nach Ansicht der Verantwortlichen einer Vorankündigung der Kapitulation gleichgekommen. Außerdem handelt es sich hierbei um eine sehr umstrittene Einsparmöglichkeit. Der Frieden in Algerien bringt zwangsläufig sehr hohe Investitionsverpflichtungen mit sich. Ferner werden seit einigen Jahren die französischen Militärkredite sehr zurückhaltend festgesetzt. Der Algerienfeldzug geht viel mehr zu Lasten der allgemeinen Ausrüstung und Modernisierung der Armee als zu Lasten

des Steuerzahlers, so daß seine Beendigung kaum zu einer Verringerung der Militärkredite führen würde. So sehr der Algerienkrieg zweifellos psychologisch in verschiedenster Form auf der französischen Wirtschaft lastet, so sehr übertreibt man leicht seine unmittelbaren finanziellen und wirtschaftlichen Auswirkungen. Abgelehnt wurde politisch nach langen Diskussionen auch die sogenannte Entbudgetisierung der Investitionskredite, die vorwiegend den verstaatlichten Industrien zufließen. Man sieht hierin ein unentbehrliches Werkzeug der langfristigen Wirtschaftslenkung und glaubte nicht, das Risiko eingehen zu können, den Ausbau der Grundindustrien dem guten Willen des privaten Kapitalmarktes auszuliefern. Das einzige Zugeständnis in Richtung einer Einschränkung der zukünftigen Erfordernisse betraf den Bau von Schulen. Hierfür wurden auf Grund einer persönlichen Entscheidung General de Gaulles nicht alle erforderlichen Kredite bewilligt.

Inflation oder Entsagung

Da dem Finanzminister auf diese Weise der Weg der bequemen Einsparungen versperrt war, mußte er sich entweder für eine elastische Deutung der Inflationsgefahr aussprechen oder die unpopuläre Lösung einer finanziellen Entsagungspolitik (*austérité*) vorschlagen. Der erste Ausweg wurde ihm von nicht wenigen französischen Sachverständigen, denen die Beibehaltung einer langfristigen Expansion wichtiger als die Stabilisierung der Preise erschien, nahegelegt. Danach wäre eine Erhöhung des Fehlbetrages von 600 auf 900 Mrd. ffrs durchaus tragbar, dies um so mehr, als es sich hierbei gar nicht um einen echten Fehlbetrag handelt, denn die staatlichen Investitionskredite, die Zinsen tragen und rückzahlbar sind, übersteigen augenblicklich einen Wert von 600 Mrd. ffrs. Man wies ergänzend darauf hin, daß unter Berücksichti-

gung der Preise und Produktionsentwicklung ein Fehlbetrag von 900 Mrd. nicht größer wäre als der Fehlbetrag von 600 Mrd. ffrs im Jahre 1953, als Frankreich schon einmal ein deflationäres Budget besaß.

Nicht zuletzt aus psychologischen Gründen glaubt die Regierung, diesen Gedanken nicht folgen zu können. Frankreich war zulange an das Spiel mit der Inflation gewöhnt, um sich diese Elastizität erlauben zu dürfen. Eine Umkehr, d. h. die dringend erforderliche Stabilisierung, erschien lediglich bei einer betont rigorosen Führung der Staatsfinanzen möglich. Die öffentliche Meinung hätte eine Erhöhung des Fehlbetrages der Staatskasse psychologisch als ein Alarmsignal für eine neue Inflationswelle gedeutet und hierauf spekulativ reagiert. In einem derartigen Klima hätte aber jede vernünftige Währungsberichtigung scheitern müssen. Man ging daher den entgegengesetzten Weg und verringerte die Staatsausgaben um rund 300 Mrd. durch Streichung verschiedenster Subventionen direkter und indirekter Art und erhöhte gleichzeitig die Einnahmen durch eine Verstärkung der Steuerlast um etwa die gleiche Summe. Trotz vermehrter Anstrengungen für Investitionen konnte man auf diese Weise den Fehlbetrag des Staatshaushaltes leicht unter den Stand des Vorjahres herabdrücken.

Diese strenge Budgetmethode konnte nicht ohne Auswirkungen auf Preise und Währung bleiben. Die Steuer- und Subventionsmaßnahmen brachten eine Teuerung von mindestens 4%. Sie mußte durch eine Erhöhung der niedrigsten Lohnstufen ausgeglichen werden. Dies bedeutete, daß selbst unabhängig vom Gemeinsamen Markt die bisherige Francparität nicht mehr zu halten war. Schon aus diesem Grunde wurde eine Abwertung unumgänglich. Man wählte schließlich einen verhältnismäßig hohen Satz von 17,5%, um unter Berücksichtigung der unvermeidlichen Teuerung sowie der preislichen Abwertungsfolgen der französischen Exportwirtschaft einen Preisgewinn von 7—8% langfristig zu sichern. Schließlich benützte man die Gelegenheit, um das Sanierungswerk durch eine bewußt demonstrative Abkehr vom Protektionismus zu krönen, indem man, wie bereits früher angekündigt, nicht nur den Mechanismus des Gemeinsamen Marktes uneingeschränkt spielen ließ, sondern darüber hinaus zu einer Liberalisierung von 90% der

Einfuhren zurückkehrte, beschränktere Zugeständnisse an die Dollarzone machte und sich der europäischen Ausländerkonvertierbarkeit anschloß.

Diesem letzten Schritt ist die geringste Bedeutung beizumessen. Man wußte, daß bei der gegebenen Struktur die Ausländerkonvertierbarkeit nur geringfügige Auswirkungen haben konnte. Nicht zuletzt deswegen ergänzte man sie durch eine zum erstenmal seit Kriegsende wirklich großzügige Erleichterung der ausländischen Kapitalinvestitionen, zunächst vielleicht weniger, um echtes ausländisches Investitionskapital ins Land zu ziehen, als um dem französischen Fluchtkapital unter günstigen Sicherheitsbedingungen die Rückkehr in den produktiven Wirtschaftsablauf zu ermöglichen.

Für die Beurteilung des französischen Wirtschaftsexperiments sind zwei Punkte hervorzuheben: die Priorität des Budgets und ihr empirischer Charakter. Ausschlaggebend für die getroffenen Entscheidungen war nicht der Zwang zum Liberalismus infolge der Inkraftsetzung des Gemeinsamen Marktes, sondern die interne Budgetpolitik mit dem unbedingten politischen Wunsch zur Stabilisierung der Verhältnisse. Es wäre vorstellbar gewesen, die Zahlungsbilanz auch ohne Stabilisierung in einem Klima der teilweisen Inflation, zumindest bis auf weiteres, zu bereinigen, so unwahrscheinlich dies auch klingen mag. Die expansionistisch orientierten Sachverständigen hatten die Frage der Zahlungsbilanz keineswegs vernachlässigt. Sie empfahlen den kurzfristigen Übergang zur Vollkonvertierbarkeit, um auf diese Weise in einem Klima der völligen Devisenfreiheit, der Expansion und möglicherweise auch der Preisfreiheit die erheblichen privaten Goldreserven zu mobilisieren. Die psychologischen Voraussetzungen für eine derartige Politik waren zweifellos gegeben. Nur hätten sie ebenso zweifellos zunächst zu einer Verschärfung der Inflation geführt. Nach den Vorstellungen Pinays und seiner Berater war jedenfalls die Rückkehr zum Liberalismus nur ein Nebenprodukt der finanziellen Stabilisierung.

Keine Doktrin

Ein weiterer Irrtum wäre es, hinter der neuen französischen Wirtschaftspolitik eine klare Doktrin zu vermuten. Sie ist bei weitem nicht der Beweis für eine



Foreign Exchange Bank

* HAMBURG OFFICE * Hamburg 36, Jungfernstieg 51
 * OVERSEAS OFFICES * New York, Rio de Janeiro, São Paulo, Buenos Aires, London, Alexandria, Calcutta, Bombay, Karachi, Vientiane, Singapore, Hong Kong and 15 Representative Offices in Other Countries

* AFFILIATE *
 THE BANK OF TOKYO OF CALIFORNIA
 San Francisco, Los Angeles, Gardena

* SUBSIDIARY *
 THE BANK OF TOKYO TRUST COMPANY
 New York

THE BANK OF TOKYO, LTD.

HEAD OFFICE: NIHOMBASHI, TOKYO, JAPAN

Wende Frankreichs zum Liberalismus. In der Vergangenheit schreckten die Vertreter des französischen Liberalismus nie vor protektionistischen Maßnahmen zurück. Es waren vorwiegend die sogenannten Dirigisten, die in der Nachkriegszeit auf der Liberalisierung der Einfuhr bestanden und auch die wirtschaftliche Europapolitik verteidigten.

Auch die beibehaltene staatliche Investitionspolitik muß unbedingt als bewußt wirtschaftslenkend bezeichnet werden. Das gleiche gilt für den aufrechterhaltenen Preisstopp und den hiermit zusammenhängenden indirekten Lohnstopp. Es ist ferner kein Geheimnis, daß in den entscheidenden Tagen des Jahresendes ein Teil der sehr zahlreichen Beschlüsse rein empirisch auf Grund verschiedenster Vorschläge hoher Beamter getroffen wurde. Das so eingeleitete Wirtschaftsexperiment stützt sich infolgedessen keineswegs auf ein zusammenhängendes Programm, sondern ist das Ergebnis einer Reihe von Vorstellungen, Notlösungen und sogar ausgesprochenen Gelegenheitsmaßnahmen. Man kann lediglich einige grundsätzliche Richtlinien erkennen: Gesundung des Budgets, Bewahrung der Preisstabilität und Erfolg der Währungsabwertung. Ergänzend kommt hierzu neuerdings der deutliche Wunsch, der Stabilisierungspolitik nicht die Konjunktur zu opfern, d. h. rechtzeitig für eine Neubelebung der Expansion zu sorgen.

Soziale Erwägungen verstärkten übrigens den empirischen Charakter der Entscheidungen. Man legte besonderen Wert darauf, die notwendigen Härten gleichgewichtig auf alle Bevölkerungsschichten zu verteilen. Landwirtschaft, Arbeitnehmer und Kapital sollten in gleicher Weise betroffen werden. Dies führte zu verschiedenen Verordnungen und Unterlassungen, die den wirtschaftlichen Erfordernissen nicht notwendigerweise gerecht wurden. Aus rein sozialen Gründen verzichtete man so auf die Beseitigung der Erbschaftsteuer in direkter Linie und zwischen Ehegatten. Selbst bei kleineren Vermögen und in direkter Linie beträgt die Erbschaftsteuer in Frankreich fast 50 %. Obwohl sie ideologisch seit Jahrzehnten hartnäckig als Symbol der ausgleichenden sozialen Gerechtigkeit verteidigt wird, bringt sie in direkter Linie kaum etwas ein, etwa 10 Mrd. ffrs pro Jahr, weil nichts unterlassen wird, um sie legal zu umgehen. Die einfachste Methode liegt in der Goldhortung, die ebenso anonym wie offiziell zulässig ist. Selbstverständlich wird der Goldbesitz bei Erbschaften nicht angemeldet. Eine Kontrolle ist bei fehlender Vermögensteuer unmöglich. Die Wirtschaft drängt schon lange auf Beseitigung dieser Erbschaftsteuer, die nur zu einem Ergebnis führt, nämlich zur Sterilisierung des Kapitalmarktes. Wenn man zur Anfüllung der Devisenreserven eine Goldenthortung auslösen will, muß man unbedingt diese Steuer aufheben. Trotzdem verzichtete die Regierung auf diese Reform im Rahmen ihrer Sondervollmachten, und Finanzminister Pinay begnügte sich damit, sie auf normalem parlamentarischem Wege für die nächste Zukunft anzukündigen. Man muß sich die Frage stellen, ob man sich hierbei ausschließlich von sozialen Bedenken bestimmen ließ oder nicht auch an die Währungsstabilität dachte. Der

französische Goldbesitz wird auf rund 6 Mrd. \$ geschätzt. Eine Enthortung von 20 % entspricht einem Werte von 600 Mrd. ffrs. In diesem Umfange müßte die Bank von Frankreich für den Goldkauf Noten drucken, d. h. inflationistisch in Erscheinung treten. Es ist naheliegend, diese Konjunkturspritze etwas zu verzögern, bis das Stabilisierungsexperiment einigermaßen als geglückt angesehen werden darf.

Erfolgsaussichten

Um die Erfolgsaussichten des französischen Wirtschaftsexperiments würdigen zu können, muß man sich zunächst mit den im Augenblick seiner Verwirklichung beobachteten allgemeinen Tendenzen befassen. Ende 1958 stellte man eine zwar zögernde, aber fühlbare Verlangsamung der Wirtschaftstätigkeit fest. Nach ihrem Höhepunkt im April und Mai sank sie bis Dezember um 3,5 %. An sich wäre ein schnellerer Konjunkturrückgang zu erwarten gewesen. Ausgleichend traten jedoch zunächst erhöhte Ausfuhr — eine mengenmäßige Steigerung von 30 % zwischen dem 3. und 4. Vierteljahr 1958 — in Erscheinung. Der staatliche Verbrauch blieb ferner stark, ebenso wie die Nachfrage nach Wohnungen. Hierzu kam überraschenderweise im letzten Vierteljahr 1958 eine erhebliche Flüssigkeit des Kapitalmarktes bei erhöhter Kreditfähigkeit der Banken. Eine nicht geringe Rolle spielte auch die optimistische Grundeinstellung der Unternehmen, die in Erwartung einer besseren Zukunft zunehmend auf Vorrat arbeiteten. Es gab trotzdem zu denken, daß im November bei einer Rundfrage 84 % der erfaßten Unternehmen erklärten, sie könnten mehr produzieren, wenn sie zusätzliche Aufträge erhielten. Im November 1956 hatten diese Frage nur 3 % bejaht. Dieser unsicheren Konjunkturlage standen verhältnismäßig günstige Finanzverhältnisse gegenüber, nämlich eine recht flüssige Staatskasse, stabile Preise und eine hoffnungsvolle Devisenlage. Die Passivfaktoren waren damals der drohende Fehlbetrag der Staatskasse, die internationalen Liberalisierungsverpflichtungen und ganz allgemein das internationale politische Klima.

Die Wirtschaftsmaßnahmen der Regierung führten zu einer unbestreitbaren Vereinfachung der Lage der Staatskasse, die 1959 keinerlei Engpaß zu befürchten hat. Die bisher nach jeder Abwertung erfolgte Preissteigerung konnte diesmal in bescheidenen Grenzen gehalten werden, weil die spekulativen Auftriebskräfte fehlten und sich alle Wirtschaftskreise, Unternehmer ebenso wie Arbeiter, der Notwendigkeit des Erfolges der Regierungspolitik im allgemeinen Interesse klar sind. Eine vorteilhafte Entwicklung der Lebensmittelversorgung verbunden mit einem milden Winter erleichterte die Preisstabilität, während gleichzeitig das Devisenproblem durch erheblichen Kapitalrückfluß (600 Mill. \$ bis Ende Februar) bis auf weiteres aus der Gefahrenzone herauskam. Der weitere Verlauf der Exportkurve ist im Augenblick schwer abzusehen. Das schwache Januarergebnis erscheint von untergeordneter Bedeutung, da es eine Folge unsicherer Preisverhältnisse sein dürfte. Februar sollte nach den ersten Informationen ein besserer Ausführmonat gewesen sein. Verschiedene Meldungen über

die Auftragseingänge, die Konkurrenzfähigkeit französischer Waren und die Exportanstrengungen lassen eine kräftige Ausfuhrsteigerung für die kommenden Monate vermuten. Unter diesen Umständen darf man feststellen, daß für die Preisstabilität, die Devisenreserven und den Export das französische Wirtschaftsexperiment bisher erfolgreich war. Sein entscheidender Prüfstein ist nunmehr die Konjunktorentwicklung. Frankreich kann zur Not eine gewisse Stagnation bis zum Jahresende ertragen, nicht aber eine Krise mit Arbeitslosigkeit.

Die Zurückhaltung der Gewerkschaften und der Arbeitnehmer, die immerhin eine nicht unempfindliche Verringerung ihrer Kaufkraft hinnehmen mußten, erklärt sich vorwiegend durch die Angst vor Kurzarbeit. Mit Lohnerhöhungen ist der Masse der Arbeitnehmer wenig gedient, wenn die Fabriken infolge rückläufigen Absatzes ihre Tätigkeit einschränken müssen. Die Verteidigung des Umsatzes tritt demnach für beide Sozialpartner stark in den Vordergrund. Erfreulicherweise befindet sich Frankreich andererseits in der vorübergehend glücklichen Lage, einen konjunkturellen Rückgang auf dem Arbeitsmarkt durch strukturellen Mangel an Nachwuchs ausgleichen zu können. Die schwachen Vorkriegsjahrgänge erreichen 1959 und 1960 den Höhepunkt ihrer Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt, während gleichzeitig die Zuwanderung aus Algerien wegen anderer Gründe einem Tiefstand zustrebt. 1957 griff man stark auf die Einwanderung ausländischer Arbeitskräfte, weit über 100 000, zurück. 1958 verringerte sich dieses Kontingent bereits um die Hälfte, und es dürfte 1959 weiter zusammenschrumpfen. Ferner setzt der Abzug von der Landwirtschaft in die Industrie in unsicheren Konjunkturperioden automatisch aus. Diese Bewegung kann bis zu 200 000 zusätzliche Arbeitskräfte jährlich betreffen. Bevölkerungsrückgang, Landwirtschaft und Einwanderung sind so in der Lage, 1959 dem französischen Arbeitsmarkt eine Entlastung von 300 000 bis 400 000 Personen zu bringen, so daß der Regierung die Politik der Vollbeschäftigung trotz der deflationistischen Stabilisierung nicht unerheblich erleichtert wird.

Zwang zur Expansion

Dessen ungeachtet bleibt die Expansion weiterhin ein Gebot der französischen Wirtschaftspolitik. Die Bevölkerung nimmt die erfolgte Verringerung ihrer Kaufkraft nur befristet hin, sie glaubt allein dann an die Stabilität des Franc und an die wirtschaftspolitische Befähigung der Regierung, wenn sie irgendwie optimistisch in die nähere Zukunft blicken darf. Die Regierung erwartet viel von den nominal stark erhöhten öffentlichen Investitionskrediten. Nur wurden in diese Rechnung etwas demagogisch 160 Mrd. frs einbezogen, die lediglich der Konsolidierung unorthodoxer Notenbankkredite für den Wohnungsbau dienen, so daß das Kreditvolumen nach Berücksichtigung der Preiserhöhungen nur eine Zunahme von 10 % aufweist. Die für den Beginn neuer Arbeiten im Jahre 1959 eingeräumten Kredite liegen ihrerseits mengenmäßig nur leicht über dem Vorjahresstand, so daß von staatlicher Seite aus in Anbetracht des deflationistischen Charakters des sonstigen Budgets keine

automatische Konjunkturbelebung zu erwarten ist. Aus diesem Grunde beschloß übrigens die Regierung Ende Februar, die Investitionskredite beschleunigt im ersten Halbjahr zu verteilen, um auf diese Weise das private Investitionskapital anzuregen. Verschiedene Krediterleichterungen dürften ebenfalls eine Rolle spielen. Angeblich mangelt es innerhalb der Wirtschaft nicht an Kreditinteresse.

Günstig ist auch das psychologische Klima, d. h. der unbedingte Wille der Wirtschaftskräfte, die Expansion fortzusetzen. Die bedeutenden privaten Investitionsprogramme wurden daher auch trotz der unsicheren Konjunkturlage bisher nicht eingeschränkt. Auf der Gegenseite darf man allerdings nicht die Einengung der Eigenfinanzierungsmöglichkeiten durch erhöhte Gestehungskosten bei weitgehend stabilen Preisen übersehen, besonders da es wenig der Tradition der französischen Unternehmen entspricht, ihre Investitionen durch Fremdkapital zu finanzieren, nicht zuletzt im Hinblick auf die Bewahrung ihrer Krisenfestigkeit. Immerhin verbleibt ein nicht geringer Spielraum durch Kapitalerhöhungen über junge Aktien und auch durch die Veräußerung eines mitunter nicht geringen Aktienportefeuilles. Steigende Börsenkurse, die durch erhöhte nationale und internationale Nachfrage ausgelöst wurden, erleichtern Kapitalerhöhungen und steigern die Beweglichkeit der Portefeuilles. In dieser Beziehung sind seit Beginn des Jahres optimistische Anzeichen vorhanden, besonders da der Rückfluß des Fluchtkapitals zwangsläufig zu einer im gewissen Sinne inflationistischen Belebung des Kapitalmarktes führt.

Aus den Aktiv- und Passivposten der französischen Konjunktur läßt sich nicht ohne weiteres eine zuverlässige Entwicklungslinie ableiten. Ungünstig erscheint, daß bereits 1957 eine Konjunkturdämpfung vorbereitet wurde und man ihre Wirkungen verspürte, als die Regierung verpflichtet war, Ende 1958 ihre deflationistischen Maßnahmen zu ergreifen. Man weiß andererseits, wie schwierig es sein kann, eine sich nach abwärts bewegende Konjunktur durch mehr oder weniger liberale Interventionen kurzfristig umzukehren. Trotzdem verfügt Frankreich über eine Reihe von Trümpfen, die normalerweise gegen Ende des Jahres ihre Früchte tragen und zum Erfolg des Wirtschaftsprogramms führen sollten. An der Spitze befindet sich der Wille von Regierung und Wirtschaft, es zu keiner Krise kommen zu lassen. Ergänzend verdienen der flüssige Kapitalmarkt und der voraussichtliche Exportauftrieb Beachtung.

Dynamische Europapolitik

Frankreichs entscheidende Wirtschaftsprobleme sind jedoch anderer Art. So wichtig das jetzige Ringen um die Stabilisierung auch sein mag, fällt es neben den großen Zukunftsaussichten und Zukunftsaufgaben des Landes nicht allzu schwer ins Gewicht. Die Rückkehr zum Handelsliberalismus bildet den vorläufigen Schlußpunkt einer bewußten Nachkriegsentwicklung, die sich ihrerseits auf die Rückkehr der Wirtschaft zur Dynamik stützte. Die Überwindung des industriellen Minderwertigkeitskomplexes gehört zu den großen wirtschaftlichen Gegebenheiten des europäischen

Augenblicks. Frankreich hörte endgültig auf, der kranke Mann des Westens zu sein, weniger weil es die Hoffnung besitzt, endlich aus der Devisenklemme herauszukommen, sondern weil seine Industrie und seine Landwirtschaft immer stärker von ihrer internationalen Konkurrenzfähigkeit überzeugt sind und die Überwindung ihrer Schwierigkeiten in der Wirtschaftsdynamik sowie in der vorwärtstrebenden Expansion sehen. Die internationale Konkurrenz ist kein Schreckgespenst mehr, sondern eine zusätzliche Antriebskraft, die man zugunsten des eigenen Wohlstandes auszunutzen gedenkt.

Im Hintergrund befinden sich zwei maßgebende wirtschaftliche Faktoren: die Verjüngung der Bevölkerung und die Entdeckung neuer Reichtumsquellen. Beide legen dem Land zusätzliche Investitionsverpflichtungen auf, weit über die staatlichen Finanzierungsquellen hinaus. Die verstärkt heranwachsende junge Generation verlangt nach neuen Arbeitsplätzen, nach Schulen und Wohnhäusern. Es bedarf andererseits erheblicher Mittel, um traditionelle Einfuhren durch eigene Produktionsstätten zu ersetzen. Für die kommenden Jahre sind in Frankreich Industriekombinate, die sich ohne weiteres mit den größten ausländischen Vorhaben der letzten 50 Jahre vergleichen lassen, vorgesehen. Das Erdöl der Sahara ist keine *Fata Morgana* mehr. Es wurde alles getan, um ab 1960 eine erste Jahresförderung von 20 Mill. t sicherzustellen. Noch konkreter sind die Ergebnisse des Erdgases von Lacq, das Südwestfrankreich verwandelt, neue Kraftwerke, Aluminiumfabriken und chemische Unterneh-

men aus dem Boden schießen läßt. Mit dem aus dem Erdgas als Nebenprodukt gewonnenen Schwefel vermag Frankreich ab 1961 den gesamten europäischen Bedarf zu decken.

Es ist nicht nur eine zufällige Folge von Währungsmanipulationen, daß der französische Stahl zum billigsten Europas geworden ist, sondern vor allem das Ergebnis einer intelligenten Modernisierung, die mit außergewöhnlichen Produktivitätsanstrengungen und mit einer außergewöhnlichen Behendigkeit der französischen Arbeitskräfte verbunden ist. In verschiedenen Berufszweigen konnte über internationale Vergleiche ermittelt werden, daß bei gleichen Organisationsmethoden und Maschinen die Produktivität infolge eines größeren Arbeitstempos in Frankreich höher liegt als in anderen europäischen Ländern. Nicht zuletzt aus diesem Grunde ist es nunmehr der französischen Baumwollindustrie möglich, als starke Konkurrenz auf dem Gemeinsamen Markt in Erscheinung zu treten, nachdem sie mit Recht vor zehn Jahren als das rückschrittlichste Kind des Protektionismus angesehen werden mußte.

Dieses allgemeine Wirtschaftsklima bestimmt zwangsläufig die französische Wirtschaftspolitik und bewahrt sie vor doktrinären Schemata. Stabilität und Expansion lassen sich nicht voneinander trennen. Die öffentliche Meinung des Landes sieht in der Stabilisierung nur eine kurze Übergangsetappe, in der Expansion jedoch eine langfristige Notwendigkeit, die eine bessere Zukunft vorbereiten und zur Ausnützung der französischen Trümpfe führen soll.

Bezugspreise für den WIRTSCHAFTSDIENST: Einzelpreis: DM 3,50, vierteljährl. DM 10,—, mit Beilage „Weltkartei der Wirtschaftspresse“ vierteljährl. DM 36,— oder mit „Bibliographie der Wirtschaftspresse“ vierteljährl. DM 36,—. Zu beziehen vom Verlag Weltarchiv GmbH., Hamburg 36, Poststr. 11, oder durch den Buchhandel